

Von: [Reichenbach Gerold](#)
An: antwort@rentenpolitikwatch.de
Thema: Antworten Herr Reichenbach zu Fragen der Rentenpolitik
Datum: Montag, 10. Oktober 2016 11:32:54

Sehr geehrte Damen und Herren,

danke für Ihre Fragen und dafür, dass Sie sich so engagiert für Ihr Ziel einsetzen, jedem Menschen mit einer gesetzlichen Rente im Alter ein Leben in Würde zu ermöglichen.

Gerne beantworte ich Ihre Fragen, soweit mir dies möglich ist.

1) Lebensstandard im Alter sichern: Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die gesetzliche Rentenversicherung wieder das ursprüngliche Ziel bekommt, den Lebensstandard im Alter zu sichern und dazu das Rentenniveau auf einen Stand anzuheben, wie er vor 1990 erreicht war?

Ja: Wir brauchen die Stärkung der ersten Säule, der umlagefinanzierten gesetzlichen Rente. Die Finanzkrise hat überdeutlich gezeigt, dass kapitalgedeckte Systeme keine Alternative zur solidarischen gesetzlichen Rente darstellen und erhebliche Risiken mit sich bringen. Bei zunehmender Produktivitätssteigerung und der proportional erheblich stärkeren Zunahme der Einkommen aus Kapital kann das solidarische Rentensystem nicht alleine auf die Arbeitseinkommen gestützt werden. Darum ist die Stabilisierung der Rentenversicherung mit Hilfe zusätzlicher Steuermittel notwendig. Neben die gesetzliche Rente kann eine möglichst flächendeckende betriebliche Altersvorsorge als Ergänzung treten. Diese muss stärker als bisher durch die Sozialpartner (Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften) organisiert und mit einer stärkeren Einbeziehung von Geringverdienern verbunden werden. Ein Rentenniveau wie vor 1990 könnte auf Basis dieser beiden Säulen der Alterssicherung wieder erreicht werden.

2) Altersarmut verhindern: Werden Sie sich dafür einsetzen, dass der Staat wirksame Maßnahmen ergreift, die Altersarmut verhindern?

Ja: Bereits vorhandene oder drohende Altersarmut hat vielfache Ursachen. Ein sinkendes Rentenniveau ist nur eine davon. Altersarmut geht vor allem auf brüchige und unstete Erwerbsbiografien zurück: durch Phasen der Arbeitslosigkeit, Familienphasen, geringfügige Beschäftigung, langanhaltende oder gar dauerhafte Teilzeitbeschäftigung, nicht abgesicherte selbständige Tätigkeiten. Hinzu kommt das Armutsrisiko Niedriglohn. Deshalb müssen wir auch an unterschiedlichen Stellen ansetzen, um Altersarmut zu verhindern: Dabei gilt in erster Linie der Zusammenhang gute Arbeit, gute Löhne, gute Rente. Deshalb haben wir den gesetzlichen Mindestlohn eingeführt. Deshalb versuchen wir die Tarifbindung wieder zu stärken. Deshalb verbessern wir die Bedingungen für gleiche Teilhabe von Frauen am Arbeitsleben. Deshalb haben wir in dieser Legislaturperiode versucht, das Prinzip gleicher Lohn für gleiche Arbeit zu stärken- für Frauen und Männer ebenso wie in der Leiharbeit. Aber auch in der Rentenpolitik wurden und werden in dieser Legislaturperiode wichtige Schritte zur Bekämpfung von Altersarmut unternommen. Dies gilt für Verbesserungen bei der Erwerbsminderungsrente, für die Stärkung von Prävention und Rehabilitation und für die im Koalitionsvertrag verabredete Einführung der solidarischen Lebensleistungsrente. Damit werden kleine Rentenanwartschaften durch Steuermittel aufgewertet.

3) Erwerbstätigenversicherung: Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die verschiedenen

gesetzlichen Altersversorgungssysteme zu einer solidarischen Rentenversicherung zusammengefasst werden, in die alle Erwerbstätigen einzahlen?

Ja: Als Sozialdemokraten setzen wir uns für eine möglichst umfassende Einbeziehung aller Beschäftigten in die sozialen Sicherungssysteme – also auch in die Rentenversicherung – gemäß dem Konzept einer Erwerbstätigenversicherung ein.

Allerdings kann das nur schrittweise gelingen. Denn zum einen ist das Berufsbeamtentum in Deutschland verfassungsrechtlich geschützt. Zum anderen hat die gesetzliche Rentenversicherung in der Vergangenheit bestimmte Gruppen von Selbständigen und Freiberuflern nicht einbezogen, weshalb sich in vielen Berufen berufsständische Versorgungswerke gegründet haben.

Deshalb sollten wir den Fokus in erster Linie auf die Einbeziehung von Selbständigen in die gesetzliche Rentenversicherung richten, die nicht in einem berufsbezogenen Versorgungswerk pflichtversichert sind.

4) Finanzierung der gesetzlichen Rentenversicherung stärken: Werden Sie sich dafür einsetzen, die finanzielle Basis der gesetzlichen Rentenversicherung zu stärken, indem z.B. sämtliche nicht beitragsgedeckte Leistungen aus Steuermitteln kompensiert werden und Förderungsbeträge zur privaten Rentenversicherung zukünftig zur Finanzierung der gRV umgeleitet werden?

Ja: Versicherungsfremde Leistungen und gesamtgesellschaftliche Aufgaben sind konsequent und vollständig aus Steuermitteln zu finanzieren. Hierbei sind wir in Regierungsverantwortung der SPD auch bereits grosse Schritte vorangekommen. Zur Finanzierung versicherungsfremder Leistungen, die im Rahmen der deutschen Einheit entstanden sind, hat Rot-Grün Steuermittel aus der Ökosteuer bereitgestellt. Dennoch gibt es hier weiterhin eine Finanzierungslücke, insbesondere für die Anerkennung von Kindererziehungszeiten für vor 1992 geborene Kinder (Mütterrente). Diese Lücke muss geschlossen werden. Damit kann auch das Rentenversicherungssystem insgesamt stabilisiert werden.

5) Rentenpolitische Fehler korrigieren: Werden Sie sich dafür einsetzen, fehlerhafte rentenpolitische Entscheidungen zu korrigieren, insbesondere: Riester-Rente, nachgelagerte Besteuerung (z.B. durch höhere Freibeträge), doppelte bzw. nachträgliche Verbeitragung in die Kranken-/ Pflegeversicherung, Privatisierung der Berufsunfähigkeitsrente, Zwangsverrentung von Hartz-IV-Empfängern, die immer noch nicht erfolgte Gleichstellung von Ost- mit West-Renten?

Teilweise: Die rentenpolitischen Entscheidungen der Vergangenheit müssen auf den Prüfstand gestellt werden. Die Anpassung und Weiterentwicklung unseres Systems der Alterssicherung ist eine ständige Aufgabe der Politik. Die nachgelagerte Besteuerung der Rente ist eine Folge der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes. Steuerliche Freibeträge müssen daher im Gesamtsystem gesehen werden und dürfen nicht zur Bevorteilung von höheren Einkommen führen. Das Problem der Zwangsverrentung von Hartz-IV-Bezieher*innen soll noch in dieser Legislaturperiode entschärft werden. Zwar bleiben die Leistungen des SGB II nachrangig, es darf aber in Zukunft kein Rentenanspruch durch das Jobcenter stattfinden, wenn dadurch der Abschluss der Bezug von Altersgrundsicherung droht. Die Anpassung von Ost- und Westrenten in einem

System hat die SPD in den Koalitionsverhandlungen durchgesetzt. Die versprochene Umsetzung muss nun auch kommen. Da sich die Riester-Rente in ihrer jetzigen Form nicht bewährt hat, brauchen wir neben der vorrangigen Stärkung der gesetzlichen Rente eine grundsätzliche Reform der kapitalgedeckten Alterssicherung.

Wenn Sie noch weitere Fragen haben können Sie sich gerne an mein Büro wenden.

Mit freundlichen Grüßen

Gerold Reichenbach

--

Gerold Reichenbach, MdB
SPD-Fraktion

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030-227-72157
Fax: 030-227-76156
Mail: gerold.reichenbach@bundestag.de

Wahlkreisbüro Gerold Reichenbach, MdB
Im Antsee 18
64521 Groß-Gerau
Tel.: 06152-54062
Fax: 06152-56023
Mail: gerold.reichenbach@wk.bundestag.de

Besuchen Sie auch die Homepage von Gerold Reichenbach:
<http://www.gerold-reichenbach.de>